

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Rechter Lifestyle und Gewalt

Liebe Leser_innen,
liebe Freund_innen,

im Zuge der aktuellen Veröffentlichung des Bundesverfassungsschutzberichts 2010 hat Sachsen-Anhalt erneut öffentliches Interesse auf sich gezogen: So steht das Bundesland zum wiederholten Male im Ländervergleich bundesweit an der Spitze politisch rechts motivierter Gewalttaten. Insgesamt verorten die Sicherheitsbehörden das Problem rechter Gewalt nach wie vor in den neuen Bundesländern: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat 40 Prozent der als „rechtsextremistisch“ eingestuften Gewalttaten in den fünf östlichen Bundesländern registriert, hier leben jedoch lediglich 15 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung.

Dabei bilden die behördliche Statistiken ohnehin nur einen Ausschnitt aus der Realität ab. Das zeigt auch das unabhängige Monitoring der Mobilen Opferberatung: So registrieren wir seit Jahren mindestens ein Viertel mehr politisch rechts motivierte Gewalttaten als die Sicherheitsbehörden. Ganz konkret: während das Landeskriminalamt für 2010 80 politisch

rechts motivierte Gewalttaten registriert hat, haben wir für den gleichen Zeitraum 106 Angriffe dokumentiert.

Die erhebliche Ost-West-Diskrepanz ergibt sich vermutlich auch aus der Tatsache, dass die seit 2001 in den östlichen Bundesländern und Berlin kontinuierlich arbeitenden spezifischen Opferberatungsprojekte zu einer Schärfung der Wahrnehmung einer entsprechenden Tatmotivation durch die Polizei beigetragen haben. Außerdem haben die vielfältigen Unterstützungsangebote der Projekte auch dazu geführt, dass sich mehr Betroffene dafür entscheiden, Anzeige zu erstatten. Diese Strukturen und ein unabhängiges Monitoring existieren in den westlichen Bundesländern nicht.

Mit dem Schwerpunkt „Rechter Lifestyle und Gewalt“ haben wir in dieser Ausgabe ein Thema aufgegriffen, das eng mit der Beratungspraxis der Mobilen Opferberatung verbunden ist. So stellen wir seit einiger Zeit eine Zunahme gezielter

Einschüchterungen und Bedrohungen bis hin zu massiven Angriffen auf nicht-rechte und alternative Jugendliche und junge Erwachsene sowie antifaschistisch Engagierte durch Neonazis fest, die in Auftreten und Style oftmals den so genannten „Autonome Nationalisten“ (AN) zugeordnet werden.

Die Selbstinszenierungspraxen der AN lösen zudem seit einigen Jahren u.a. bei Kooperationspartner_innen, politisch Verantwortlichen oder Angehörigen von Betroffenen aufgrund ihres Auftretens irritierte Reaktionen aus. Damit verbunden sind oftmals verkürzte Interpretationen und – im Zuge des Extremismuskurses – eine fatale Gleichsetzung linksradikaler mit neonazistischen Bewegungen. Die Nivellierung derart unterschiedlicher Phänomene führt zu einer Diskreditierung antifaschistischen Engagements und zur Verharmlosung der realen Bedrohungen durch die extreme Rechte und ihr menschenverachtendes Weltbild. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- Wir intervenieren, wenn sich Betroffenen rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Rassistisches Tatmotiv wirkt strafschärfend

14. März/Magdeburg

Ein ausländischer Studierender wird in einer Straßenbahn von einem Unbekannten angegriffen. Ohne dass es ein Platzproblem gibt, schreit er den Studenten mit „Steh nicht in meinem Weg!“ an. Dann stößt er ihn mit Wucht gegen die Straßenbahntür. Der Student informiert die StraßenbahnfahrerIn, die die Polizei verständigt. Er erstattet Anzeige wegen Körperverletzung.

27. März/Magdeburg

Nach dem Einsteigen in einen Bus wird ein 22-jähriger Student von einem Unbekannten mit der Frage „Magst Du Nazis?“ angesprochen. Als er verneint, schlägt ihn der Mann ins Gesicht und verlässt den Bus. Die alarmierte Polizei kann noch in Tatortnähe einen alkoholisierten 24-Jährigen feststellen, gegen den jetzt wegen Körperverletzung ermittelt wird.

Am 3. Mai 2011 endete am Amtsgericht Magdeburg der erste von zwei erstinstanzlichen Prozessen wegen eines rassistischen Angriffs auf drei Studierende im Dezember vergangenen Jahres. Ein einschlägig wegen Körperverletzung vorbestrafter 23-Jähriger und ein 28-Jähriger wurden der gefährlichen Körperverletzung an einem ecuadorianischen Studierenden und der Beleidigung in drei Fällen schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Haft bzw. einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung verurteilt.

Verhandelt wurde an sieben Prozesstagen ein Angriff auf drei Studierende aus Ecuador, Mexiko und Deutschland. Auf dem Rückweg von einer Weihnachtsfeier hatten sie am frühen Morgen des 18. Dezember 2010, kurz nach vier Uhr, an der Haltestelle „Kastanienstraße“ in Magdeburg auf den Bus gewartet, als sie von einer vierköpfigen Gruppe Unbekannter gemustert wurden. Plötzlich rannten drei der Männer auf sie zu, schubsten die 29-jährige Studentin aus Mexiko zu Boden und schlugen dem ecuadorianischen Studenten unvermittelt ins Gesicht. Etwa zeitgleich wurde der 25-jährigen Deutsch-Ecuadorianerin ihr Handy aus der Hand geschlagen, mit dem sie die Polizei verständigen wollte. Der 24-jährige Student versuchte zu flüchten, wurde jedoch nach nur wenigen Metern eingeholt und zu Boden gestoßen.

Während alle drei Angreifer gegen seinen Kopf und Oberkörper traten, wurde der Betroffene mit „Scheiß Ausländer“ beschimpft. Als die Frauen versuchten zu intervenieren, wurden sie ebenfalls körperlich attackiert und beleidigt. Erst als sich der 24-Jährige nicht mehr bewegte und sich ein Schneeräumfahrzeug näherte, ließen die Angreifer von dem Studenten ab. Im Weggehen wurde der 25-Jährigen noch ihre Handtasche entrissen. Der Betroffene musste mit einem Schädel-Hirn-Trauma und Nasenbeinbruch stationär im Krankenhaus behandelt werden. Beide Frauen erlitten Schürfwunden und Prellungen.

Kritik an Magdeburger Polizei und Staatsanwaltschaft

Obwohl eine der Betroffenen unmittelbar nach dem Angriff die rassistische Beleidigung sowie ihre Wahrnehmung des Tatmotivs zu Protokoll gab und die Polizei die nur kurze Zeit später festgenommenen dringend Tatverdächtigen der rechten Szene zuordnete, gab ein Sprecher öffentlich bekannt, dass es sich „nach derzeitigen Erkenntnissen nicht um eine ausländerfeindliche Straftat“ handle. Den Tätern sei es lediglich darum gegangen, möglichst schnell an Bargeld zu kommen. Bei den Betroffenen stieß diese Verharmlosung des rassistischen Tatmotivs durch die Polizei auf Unverständnis.

Auch die Staatsanwaltschaft Magdeburg blendete zunächst die rassistische Motivation für den Angriff aus und warf den vier Angeklagten lediglich gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung vor, ohne die rassistische Beleidigung auch nur zu erwähnen. Dabei lag ihr die polizeiliche Vernehmung des inzwischen verurteilten 28-Jährigen vor, in der er auch detailliert auf die Stunden vor der Tat eingeht: Demnach hatten er und die später Beschuldigten sich in einer Wohnung getroffen, „rechtsradikale Musik“ gehört und dabei Texte laut mit gegrölt. Bei „Sieg-Heil“-Rufen hätten sie sich mit vergangenen Angriffen gebrüstet. Dann hätten sie sich gemeinsam entschlossen, „jemanden abzuziehen“. Dazu habe der 28-Jährige extra seine Stiefel aus seiner benachbarten Wohnung geholt und angezogen, bevor sie auf die Straße gegangen seien.

Darüber hinaus wertete die Staatsanwaltschaft den Angriff auf die beiden Frauen lediglich als Körperverletzung. Ihre diesbezüglichen Ermittlungen sowie die Ermittlungen wegen des Diebstahls der Handtasche wurden im Vorfeld des Prozesses wegen des Angriffs auf den Studenten und der zu erwartenden Höhe der Strafe eingestellt.

Langfristige Folgen des Angriffs

Kurz vor Prozessbeginn Anfang März 2011 stellte sich heraus, dass zwei der vier Angeklagten untergetaucht waren. Obwohl sich die Nebenklagevertreter_innen des Hauptbetroffenen und der 25-Jährigen dafür aussprachen zu warten, bis die Flüchtigen gefasst seien, trennte die zuständige Jugendrichterin das Verfahren gegen die einschlägig wegen gefährlicher Körperverletzung und Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen vorbestraften, zur Tatzeit 18- bzw. 47-jährigen Rechten, ab. Für die Betroffenen bedeutete die damit einhergehende Verpflichtung, von dem traumatischen Erleben noch ein zweites Mal vor Gericht berichten zu müssen, eine zusätzliche psychische Belastung.

Mit Aussagen wie „Es ist nicht mehr dasselbe in Magdeburg zu wohnen“ und „Wir leben in Angst“ schilderte die 25-jährige Studentin vor Gericht die Folgen des Angriffs. Häufig kehrten die Erinnerungen an den 18. Dezember zurück. Auch vermieden ihr bei dem Angriff verletzter Freund und sie – soweit möglich – späte Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln in Magdeburg. In der Straßenbahn redeten sie aus Angst vor erneuten Beleidigungen auch nicht mehr Spanisch. Bereits früher waren die beiden mit dem Kommentar, hier spreche man Deutsch, in der Straßenbahn angepöbelt worden.

Der Hauptbetroffene forderte zudem öffentlich die Bekämpfung rassistischer Gewalt ein und beschienigte Deutschland vor Gericht diesbezügliche Entwicklungsdefizite: „Jemand, der so etwas tut, kann nicht aus einem entwickelten Land kommen“, sagte er vor Gericht aus. Positiv bewertete er das öffentliche Interesse und die Unterstützung der ecuadorianischen Botschaft, die den Prozess während seiner gesamten Dauer beobachtete. Diese hatte ebenso wie die Betroffenen zu Prozessbeginn eine Berücksichtigung der rassistischen Tatmotivation durch das Gericht gefordert.

Berücksichtigung der Tatmotivation vor Gericht

Erst in der Hauptverhandlung wurde die Motivation für die Tat schließlich eingehend vom Gericht, der Staatsanwaltschaft und den beiden Nebenklagevertreter_innen hinterfragt. Die Richterin erteilte schließlich einen rechtlichen Hinweis an die Angeklagten, dass auch eine Verurteilung wegen Beleidigung in Betracht komme. In ihrer Begründung des Urteils gegen die 23- und 28-jährigen Rechten stellte sie die rassistische Tatmotivation heraus und wertete sie als strafverschärfend. So hätten die Angeklagten den Studenten angegriffen, weil sie ihn für einen „Asiaten“ hielten und deshalb abwerteten. Zudem sprach sie von einer Tat, die von „Rohheit und Grausamkeit“ geprägt gewesen sei. Allerdings folgte sie nicht der Auffassung des Nebenklagevertreters der 25-Jährigen, dass im Hinblick auf den Angriff auf seine Mandantin eine Verurteilung wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung erfolgen müsse.

Dabei wurde in der Aussage des 28-Jährigen vor Gericht deutlich, dass die Studierenden von ihm und seinen Begleitern von Beginn an als Gruppe wahrgenommen wurden und bei dem Angriff auf den Ecuadorianer folglich mit der Gegenwehr auch der beiden Frauen rechnen mussten. Sowohl die beiden Angeklagten als auch der Nebenklagevertreter der 25-Jährigen haben Berufung gegen das Urteil eingelegt. Die flüchtigen Rechten wurden Mitte April von der Polizei gefasst und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. Inzwischen wurde die Verhandlung gegen sie vor dem Jugendschöffengericht eröffnet. Mit dem Urteil wird Mitte Juli 2011 gerechnet. ■

27. März/Magdeburg

Gegen 4:30 Uhr morgens warten drei Jugendliche an einer Tankstelle in Magdeburg-Altstadt auf einen befreundeten Punk, der noch etwas am Nachtschalter einkauft. Währenddessen werden sie von einem Mann gefragt, ob sie Antifaschisten seien. Die Jugendlichen verweisen den Unbekannten an ihren Freund. Daraufhin geht er gemeinsam mit etwa fünf weiteren Männern auf den 21-Jährigen los, der mehrfach geschlagen wird und zu Boden geht. Dann treten die Angreifer auf den Punk ein. Schließlich lassen sie mit dem Ausruf „Verpiss dich!“ von ihm ab.

28. März/Genthin

Nach 22 Uhr auf dem Nachhauseweg bemerkt ein Nichtrechtler mehrmals einen langsam vorbeifahrenden schwarzen Golf. In der Friedensstraße hält der erneut auftauchende Wagen neben ihm an. Vier schwarz gekleidete und verummte Personen steigen aus und schlagen wortlos auf den 31-Jährigen ein. Schließlich gelingt es dem Betroffenen zu flüchten.

1. April/Stendal

Gegen 13:30 Uhr rufen zwei Männer in der Innenstadt mehrfach „Sieg Heil“. Als ein 38-Jähriger interveniert, wird er vom einem der Rechten mehrfach geschlagen. Er erleidet einen Nasenbeinbruch. Während die von Passant_innen gerufene Polizei die Personalien aufnimmt, zeigt einer der Angreifer den so genannten Hitlergruß.

2. April/Oschersleben

Gegen Mitternacht werden ein 19-jähriger Alternativer und seine Freundin aus einer etwa zehnköpfigen Gruppe Rechter beschimpft. Das Paar läuft weiter, wird jedoch von einem der Rechten verfolgt und bedroht. Dann schlägt der Rechte dem Alternativen ins Gesicht. Die beiden laufen weiter, werden aber an einer geschlossenen Bahnschranke eingeholt. Hier versetzt der Angreifer dem 19-Jährigen weitere Schläge, bevor das Paar unter den Schranken hindurch flüchtet. Der Betroffene wird erneut eingeholt und attackiert. Beim Wegrennen verfolgen ihn mehrere Angreifer.

„Autonome Nationalisten“ pflegen den Gestus des anti-bürgerlichen Straßenkämpfers“

Interview mit Christoph Schulze

Christoph Schulze ist Mitherausgeber des 2009 erschienenen Buches „Autonome Nationalisten. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur“ und Mitarbeiter im Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) in Berlin. Mit ihm sprachen wir über aktuelle Entwicklungsprozesse des deutschen Neonazismus und deren Einordnung.

Die neonazistische Szene in der Bundesrepublik hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten grundlegend gewandelt und ausdifferenziert. Welche Entwicklungen waren hierfür maßgeblich?

Im Hinblick auf die jetzigen Erscheinungsformen der „Autonomen Nationalisten“ (AN) ist die Entstehung der „Freien Kameradschaften“ das entscheidende Ereignis gewesen. Es gab ja bis in die 1990er Jahre eine ganze Reihe von klassischen Neonazi-Organisationen. Nach den Angriffen unter anderem in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda ist eine politische Situation entstanden, die zu einer Reihe von Verboten geführt hat. Dadurch lastete Veränderungsdruck auf der neonazistischen Szene. Ein Teil hat gesagt, wir gehen in die NPD, die ist durch das Parteien-Privileg einigermaßen verbotssicher. Ein anderer Teil hat gesagt, wir setzen auf eine Organisationsform, die so informell angelegt ist, dass sie darüber repressionsresistent wird. Das Konzept der „Freien Kameradschaften“ wurde entwickelt und ab etwa 1996 umgesetzt. Dahinter steht die Schaffung von kleinen, ungebundenen, lokale Zellen ohne formellen Charakter, die durch überregionale Treffen miteinander vernetzt sind. Das Konzept hat sich sehr schnell bundesweit verbreitet. Es hat aber gewisse Grenzen. Die Vorteile einer klassischen Organisation haben informelle Zusammenhänge nicht: zum Beispiel eine

gewisse Kontinuität und ansprechbar für „den Bürger“ zu sein.

Wie sieht es mit der inneren Struktur aus?

Es gibt einerseits eine gewisse Tendenz zur Unverbindlichkeit, Gruppen lösen sich auf und gruppieren sich wieder neu. Aber die einzelne Gruppe ist immer extrem streng hierarchisch. Das sind einfach glasklar Neonazis, da gibt es immer einen Anführer und das ist auch so gewollt.

Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen „Freien“ und „Autonomen Nationalisten“?

„Autonome Nationalisten“ sind keine neue Organisationsform, sondern eine Strömung in den Kameradschaften. Hier geht es um einen Transformierungsprozess innerhalb der Szene. Wie sich die einzelnen Gruppen vor Ort nennen, das ist im Prinzip austauschbar. Auch eine Gruppe, die sich „Freie Kräfte“ nennt, kann von „Autonomen Nationalisten“ geprägt sein, muss sie aber nicht.

Welche ideologische Ausrichtung haben die „Autonomen Nationalisten“? Und welche Dresscodes, Aktionsformen etc. benutzen sie?

Es gab für die Neonazis einen kulturellen Modernisierungsdruck. Der klassische Naziskinhead mit seinen weißen Schnürsenkel oder der ganz spießige, völkische Lederhosenträger mit Hitlerbärtchen, das war zu alt hergebracht. Also haben sie sich umgesehen. Bestimmte Erscheinungsformen der autonomen Linken oder die medialen Bilder davon fanden sie reizvoll. Dabei haben sie auch nicht besonders auf's Details geguckt, Stichwort basisdemokratische Organisation. Autonome Gruppen können furchtbar lange darüber reden, wie man hierarchiefrei mit-

einander kommuniziert, das interessiert Neonazis überhaupt nicht. Aber Steine schmeißen, wehrhaft sein, „Schwarzer Block“ sein, so stellen sie sich linke Autonome vor und das fanden sie interessant. Also haben bestimmte Accessoires aus der autonomen Linken wie Baseballmützen, Buttons oder Kapuzenpullis bei ihnen Einzug gehalten. Gleichzeitig gibt es auch eine Affinität zu Fußballultras und Hooligans und da findet man ja auch einen zumindest optisch verwandten Stil.

Und ideologisch?

Ideologisch fällt vor allem auf, dass sie mehr zusammenklauben als eine feste Programmatik entwickeln. Im Kern zieht sich eine sehr gerade Linie durch: Nazismus, Volksgemeinschaft, Rassismus und Antisemitismus. Aber durch diese kulturelle Suchbewegung wurde auch in der Programmatik experimentiert, Parolen mit antikapitalistischem Klang etwa wurden übernommen. Insgesamt sehe ich jedoch wenig inhaltliche Innovation, sondern im Kern alt hergebrachten Neonazismus mit einer gewissen Offenheit.

Welche Schwierigkeiten sind deiner Erfahrung nach mit dem Auftreten „Autonomer Nationalisten“ für nichtrechte und alternative Jugendliche und junge Erwachsene verbunden?

Ich finde es problematisch, dass es bei Neonazis immer diese Erwartung gibt, dass man sie am Äußeren erkennen muss. Eine Ideologie kann man Leuten nicht unbedingt ansehen. Trotzdem ist es durch die Übernahme von Symbolen und Kleidung heute schwieriger, Neonazis von Gegendemonstrant_innen zu unterscheiden. Das führt bei vielen Leuten zu Verunsicherung. Gegendemonstrant_innen, die sich mit den Symbolen nicht so genau auskennen, haben da auch schon schlimme Erfahrungen machen müssen. Es gibt aber auch Geschichten, dass sich rund um Demonstrationen Neonazis untereinander verprügelt haben, weil sie die jeweils Gegenüberstehenden für Linke gehalten haben. Die haben das Problem also auch.

Wo sind die „Autonomen Nationalisten“ besonders stark?

Entstanden sind die AN eher in den größeren Ballungsgebieten, im Ruhrgebiet und in Berlin. Da würde ich auch die Zentren ausmachen und gar nicht so sehr nach Ost oder

West sortieren, sondern eher nach Groß- und Kleinstadt. Allerdings ist die Idee im Laufe der Jahre auch in die ländliche Umgebung durchgedrungen, das ist regional sehr unterschiedlich.

Und wie gewalttätig sind sie?

Als eine Strömung innerhalb der „Freien Kameradschaften“ sind sie ganz sicher gewaltbereite und gewalttätige Neonazis, die auf eine Strategie der Einschüchterung und des Angriffs setzen. Das ist gepaart mit einem gewissen Traditionsbewusstsein. Man sehnt sich zurück in die Kampfzeit der Weimarer Republik. Neonazis waren schon immer gewaltbereit. Die „Autonomen Nationalisten“ setzen das allerdings offener um, sie pflegen den Gestus des antibürgerlichen Straßenkämpfers sehr offen. Auf Demonstrationen suchen sie bewusst die Konfrontation. Ein Effekt davon ist, dass der Polizei plötzlich bewusster wird, dass Rechte ja gewalttätig sind, denn die Gewalt richtet sich jetzt auch öfter gegen sie.

Von Außen betrachtet wirkt es so, dass das Verhältnis zwischen „Autonomen Nationalisten“ und der NPD sehr angespannt ist. Welchen Einfluss haben sie innerhalb der NPD?

Da kann man auch wieder eine Linie ziehen zu den ursprünglichen „Freien Kameradschaften“. Es gab von Beginn an ein wechselndes, taktisches Verhältnis zu dieser Partei. Anfangs waren viele AN klar gegen die NPD positioniert, die ja beim demokratischen Parlamentarismus mitspielen möchte. Als radikaler Systemgegner will man das nicht unbedingt. Es gab auch den Versuch von Seiten der NPD-Spitze die AN auszugrenzen, weil sich durch ihr Auftreten keine Bürgernähe herstellen ließ. Aber damit ist dieser Flügel der NPD gescheitert. Das zeigt auch welche relative Bedeutung sie in der Szene haben. Für etliche NPD-Funktionäre wird das Konzept weiterhin keine attraktive Variante sein. Allerdings hat sich über die Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationaldemokraten (JN) eine Brücke etabliert. Es gibt Doppelmitgliedschaften und es wird zusammengearbeitet.

Vielen Dank für das Gespräch!

*Eine Langfassung des Interviews finden sie unter:
www.mobile-opferberatung.de/infomaterial/newsletter*

16. April/Magdeburg

Gegen ein Uhr morgens begegnen zwei 21- und 23-jährige Alternative einer Gruppe augenscheinlich Rechter. Unter Rufen wie „Hier sind noch Zecken!“ rennen diese auf die beiden Männer zu und treten dem 23-Jährigen die Beine weg. Einer der Rechten tritt ihm gegen den Kopf. Auch der 21-Jährige wird geschlagen. Es gelingt den Betroffenen zu flüchten und die Polizei zu alarmieren. Die eintreffenden Beamten werden von den Rechten angegriffen. Schließlich können sie die Personalien von sechs Tatverdächtigen feststellen, wovon vier der rechten Szene zugeordnet werden.

23. April/Magdeburg

Ein 19-jähriger Antifa wird bei einem Osterfeuer nacheinander von zwei Neonazis attackiert. Andere Besucher_innen ignorieren die Angriffe. Lediglich ein Begleiter des Betroffenen interveniert und wird daraufhin ebenfalls geschlagen. Der 19-Jährige flieht, wird aber von einer ca. zehnköpfigen Gruppe eingeholt, geschlagen und getreten. Er flüchtet, die Angreifer verfolgen ihn jedoch weiter und rufen Todesdrohungen. In einer Gartenanlage wird er ein viertes Mal angegriffen. Erst dann kann der Betroffene endgültig entkommen.

1. Mai/Halle

Während eines Aufmarsches von etwa 1000 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet wird ein 31-jähriger Gegendemonstrant von einem der Teilnehmenden angegriffen und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Polizisten beenden den Angriff und nehmen den Neonazi fest. Der Betroffene erstattet Anzeige.

4. Mai/Bitterfeld

Gegen 0:30 Uhr wird ein 37-jähriger Flüchtling aus Benin am Bahnhof plötzlich von zwei Unbekannten gefragt, ob er einen deutschen Pass habe. Während einer der Männer ihm dabei ins Gesicht leuchtet, schlägt der andere bedrohlich eine Metallstange in seine Handfläche. Als der 37-Jährige wegrennt, verfolgen sie ihn. Schließlich gelingt es dem Betroffenen, seine Verfolger abzuschütteln und die Polizei zu alarmieren. Als diese eintrifft, sind die Angreifer verschwunden, ebenso wie das Fahrrad des Betroffenen. Dem Angriff vorausgegangen war eine Polizeikontrolle des 37-Jährigen, als er mit dem Fahrrad auf dem Rückweg von einer Theateraufführung durch Raguhn fuhr. Zur Identitätsüberprüfung wurde er ins Bitterfelder Revier verbracht. Da er sich in Bitterfeld nicht auskannte, bat er die Beamten danach um Hilfe, die ihm jedoch verweigert wurde.

Vor Ort:

„Freie Kräfte“ im Saalekreis

In den vergangenen Jahren hat sich der Saalekreis zu einem Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten in Sachsen-Anhalt entwickelt. Hierbei spielen die so genannten Freien Kräfte, die in mehreren Gruppen organisiert sind und auch mit der NPD zusammenarbeiten, eine entscheidende Rolle. Immer wieder kommt es auch zu politisch rechts motivierten Angriffen.

Der im Juni 2011 als stellvertretender NPD-Landesvorsitzende wiedergewählte Rolf Dietrich ist dabei ein wichtiges Bindeglied zwischen der parteigebundenen extremen Rechten und „freien Strukturen“. Der 1944 geborene Dietrich sitzt bereits seit knapp fünf Jahren für die NPD im Kreistag des Saalekreises. Er meldete 2010 und in diesem Jahr Demonstrationen in Merseburg an, mit denen die Neonazis die Ereignisse vom 17. Juni 1953 instrumentalisieren wollten. Mit jeweils 250 (2010) bzw. 230 Teilnehmer_innen am 18. Juni dieses Jahres waren diese Aufmärsche die größten öffentlichen Auftritte der rechten Szene im Saalekreis. Die Teilnehmer_innen kamen überwiegend aus den Strukturen der „Freien Kräfte“.

Regionale Vernetzungen

Diese Kameradschaften arbeiten mit verschiedenen Selbstbezeichnungen und sind mit rechten Gruppen aus Halle und Leipzig gut vernetzt. Als besonders aktiv fallen die seit Anfang 2009 bestehenden „Freien Nationalisten Bad Lauchstädt“ sowie die „Sozialrevolutionären Nationalisten Querfurt“ auf, die auch enge Kontakte zu dem in Sotterhausen ansässigen, langjährigen Neonazimusikproduzenten Enrico Marx pflegen.

In Merseburg nutzen Neonazis seit Jahren regionale Themen, um sich öffentlich zu präsentieren. So organisierten sie im August 2007 Kundgebungen gegen den unter dem Verdacht des Besitzes von Kinderpornographie stehenden Merseburger Oberbürgermeister Reinhard Rumprecht und im April 2008 eine Kundgebung gegen die drohende

Privatisierung eines Krankenhauses in Merseburg. Dabei traten sie unter verschiedenen Bezeichnungen auf. Neben den eher lose organisierten „Freien Nationalisten Merseburg“ trat ab 2009 die „Aktionsgruppe Halle-Saalekreis“ in Erscheinung. Diese im Stil und Auftreten den so genannten Autonomen Nationalisten zuzurechnende Gruppe beteiligte sich bis Mitte 2010 sowohl regional als auch überregional an neonazistischen Aktionen.

Seit Anfang 2010 ist die „Aktionsgruppe Merseburg“ im Saalekreis aktiv. Die zum Teil sehr jungen Mitglieder haben mittlerweile an vielen Neonaziaktivitäten teilgenommen und orientieren sich ebenfalls an Symbolen und kulturellen Codes der „Autonomen Nationalisten“. Die Kameradschaft unterhält eine eigene Website, regelmäßig werden Aufkleber geklebt, Wände mit Parolen besprüht sowie Flugblätter mit neonazistischem Inhalt verteilt.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Einer dieser Aufkleber mit der Aufschrift „Hol dir deine Stadt zurück – Nationaler Widerstand jetzt“ wurde nach Steinwürfen gegen Schaufensterscheiben eines vietnamesischen Obst- und Gemüseladens in Leuna im Mai 2010 hinterlassen. Eine Woche später wurde ein Brandsatz ins Ladeninnere geworfen, der sich glücklicherweise nicht entzündete. Danach solidarisierten sich die Stadt Leuna sowie zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen mit der betroffenen Familie.

Aktuell als positiv einzuschätzen ist auch, dass sich bei den Vorbereitungen zu den Gegenaktivitäten zum diesjährigen Neonaziaufmarsch in Merseburg erstmalig ein breites gesellschaftliches Bündnis engagierte und somit über den Kreis von potentiell Betroffenen rechter Gewalt hinausging. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Engagement auch nach der erfolgreichen Behinderung der Neonazidemonstration anhält und über die Stadtgrenzen Merseburgs in den Saalekreis hinein wirkt. ■

„Autonome Nationalisten“ – Einordnung eines Phänomens jenseits der Kleiderordnung

Die Selbstbezeichnung „Autonome Nationalisten“ (AN) steht in der neonazistischen Szene für Aktionismus, Militanz und Rebellion sowie Tabubruch und Modernisierung. Entstanden sind die AN ab 2003 als eine Folge des Wandels innerhalb extrem rechter Jugendkulturen, die sich zunehmend von den parteiförmigen Strukturen abgrenzten. Gleichzeitig öffneten sich die extremen Rechten für verschiedene, bis dahin unpolitische oder alternative Musikstile. Mittlerweile existieren in nahezu allen jugendkulturellen Musikszenen neonazistische Anteile, die den Zugang zur extrem rechten Ideologie und Szene ermöglichen. Im Falle der AN war vor allem der sich seit Mitte der 1990er Jahre entwickelnde NS-Hardcore von Bedeutung, der sich auch im veränderten Lifestyle widerspiegelt.

Kampf um symbolische Deutungsmacht

Teil der politischen Selbstinszenierung der AN ist der Versuch, nationalsozialistische Ideologiefragmente mit modernen, popkulturellen Ausdrucksformen zu verbinden. Dabei kopieren die AN politische Symbole der Antifabewegung – und transformieren sie, indem sie sie mit extrem rechten Botschaften und Symbolen kombinieren. In ihrer ideologischen Ausrichtung sind aber auch die AN weiterhin antimodern und fest in der NS-Ideologie mitsamt einem eliminatorischen Antisemitismus und manifesten Rassismus verhaftet.

Während NPD und mehrheitlich auch „Freie Nationalisten“ bei öffentlichen Auftritten zugunsten von Bürgernähe darauf verzichten, Gewalt öffentlich zu propagieren, tragen die AN ihre Gewaltbereitschaft offensiv auf Transparenten, durch Parolen oder Kleidungsaufdrucke zur Schau. Hierzu gehört auch die symbolische Besetzung des öffentlichen Raums durch Aufkleber oder Graffiti. Weil beispielsweise diese Aufkleber leicht

über rechte Internetversände zugänglich sind, können so auch Jugendliche ohne Kontakte in die neonazistische Szene eigenständig agieren. Zur Dokumentation politischer Aktionen nutzen AN zudem besonders das Internet, indem sie Fotos und Videos auf Websites, Blogs oder Videoportalen einstellen. Diese Selbstinszenierung stellt ein wesentliches Element ihrer extrem rechten Erlebniswelt dar: In der Praxis bedeutet das Einschüchterungen, Bedrohungen und Angriffe auf vermeintliche oder tatsächliche politische Gegner_innen.

Gleichsetzung völlig unterschiedlicher Phänomene

In der medialen und politischen Auseinandersetzung mit den AN wurde das Problem bislang nicht effektiv bearbeitet. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die zunehmende Popularität des „Extremismus-Begriffs“. Dieser wissenschaftlich unabgesicherte Begriff suggeriert u.a., es gäbe eine bürgerliche Mitte, die gegenüber der Ideologie der Ungleichheit der extremen Rechten immun sei und dass das Eintreten für eine andere Wirtschaftsordnung als die freie Marktwirtschaft „linksextrem“ sei. Um diese Gleichsetzung zu bebildern, wird gerne auf die äußeren Ähnlichkeiten zwischen AN und beispielsweise dem Kleidungsstil von antifaschistisch engagierten Jugendlichen verwiesen.

Dabei werden elementare weltanschauliche Unterschiede ausgeblendet. Der Kampf um „nationale“, autoritäre Machtverhältnisse hat nichts gemein mit dem Engagement für eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Rechte haben. Und national-befreite Zonen bedeuten das Gegenteil von emanzipatorischen Freiräumen. Zudem geben sich AN nur scheinbar autonom: denn ihr Ziel ist die Abschaffung individueller Freiheiten, Menschenrechte und Bürgerrechte zugunsten einer Unterordnung des/der Einzelnen unter ein imaginäres „Volkswohl“ in der Tradition des Nationalsozialismus. ■

8. Mai/Bad Dürrenberg (Saalekreis)

Eine 20-jährige Linke geht am Abend in einem Wohngebiet mit ihrem Hund spazieren, als plötzlich ein Vermummter auf sie zukommt. Sie wird beleidigt und gezielt ins Gesicht geschlagen. Die Betroffene muss wegen eines Nasenbeinbruchs behandelt werden. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

12. Mai/Salzwedel

Zwei Tage vor einem Neonazi-aufmarsch im Ort werfen Unbekannte gegen ein Uhr drei Brandsätze auf das Autonome Zentrum in Salzwedel. Die im AZ Anwesenden löschen die Feuer und informieren die Polizei. Das Autonome Zentrum wurde bereits viermal von Rechten angegriffen.

30. Mai/Merseburg

Gegen 17:30 Uhr wird ein Alternativer, als er mit dem Fahrrad an einer Straßenbahnhaltstelle vorbeifährt, aus einer Gruppe von sieben bis acht z.T. stadtbekanntem Neonazis beschimpft. Dabei werfen sie dem 21-Jährigen zwei Bierflaschen hinterher, die beide nur knapp neben ihm zu Bruch gehen.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Lesetipp

„Autonome Nationalisten – Neonazismus in Bewegung“

In dem Sammelband „Autonome Nationalisten – Neonazismus in Bewegung“ beleuchten verschiedene Autor_innen u.a. die Entwicklung des organisierten Neonazismus und einer extrem rechten Jugendkultur, Inszenierungspraxen, Selbstbilder, Weltanschauungen und Lebenswelt der „Autonomen Nationalisten“ sowie deren Verhältnis zur NPD und der neonazistischen Kameradschaftsszene. Darüber hinaus werden regionale Entwicklungen, europäische Rezeptionen des Phänomens sowie dessen historische Bezüge aufgezeigt. Mit dem Buch liegt somit eine breit angelegte Studie zu diesem noch relativ jungen Phänomen des gewalttätigen Neonazismus vor, die durch ihre Mischung sozialwissenschaftlicher Analyse und alltagsnaher Beschreibung gut lesbar ist. Dementsprechend verstehen die Herausgeber die Publikation auch als Handreichung für die Bildungsarbeit oder für Engagierte in zivilgesellschaftlichen Projekten gegen Rassismus, Nationalismus und Autoritarismus. ■

Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hrsg.) (2011): *Autonome Nationalisten – Neonazismus in Bewegung*. Wiesbaden: VS Verlag. 34,95 Euro. ■

Persönlichkeiten zeigen statt „Opfer“

Aktualisierte Ausstellung eröffnet

Am 16. Juni eröffnete die Künstlerin Rebecca Forner in Berlin gemeinsam mit der Opferperspektive Brandenburg und der Friedrich-Ebert-Stiftung die aktualisierte Fassung ihrer 2004 erstellten Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990“. Sie besteht in ihrer vierten Version aus 169 Tafeln, auf welchen 156 Menschen porträtiert werden, die zwischen 1990 und Ende 2010 durch rechte Gewalt zu Tode kamen. Einige werden anhand eines gerasterten Fotos vorgestellt, oft bleibt der Platz dafür jedoch leer – Forner sieht darin eine Aussage über fehlende Aufmerksamkeit für die Opfer, ihr Leben und ihren Tod sowie die Motivation der Täter_innen.

Unterbrochen wird die Reihe der Tafeln durch drei Spiegel mit den Aufschriften „Täter?“, „Opfer?“, „Zuschauer?“ sowie Postkarten, die den Widerspruch zwischen einem weltoffenen Selbstverständnis deutscher Städte und Gemeinden einerseits und der Lebensrealität der Betrof-

fenen andererseits verdeutlichen. Zusätzlich werden ein MP3-Ausstellungsguide und Audio-Collagen angeboten.

Forner zeigt durch die Ausstellung die „Opfer“ als Menschen und Persönlichkeiten und betont gleichzeitig Nichtigkeiten und Absurditäten der Angriffsmotivationen, um so ein Einfühlen in die Situation der Betroffenen zu ermöglichen.

Darauf zielt auch das pädagogische Begleitmaterial ab, das sich in fünf Schritte gliedert: Opfergruppen erkennbar machen, rechte Gewalt als Ausdruck rechter Ideologie benennen, Menschenrechte als Orientierungspunkt anbieten, gesellschaftliche Mechanismen des Verdrängens und Relativierens verdeutlichen und einen Ansporn geben sowie Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts entwickeln und umsetzen. ■

Ausführliche Informationen unter: www.opfer-rechter-gewalt.de

Über diesen Newsletter:

Die „Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „Informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn ihr/Sie die „Informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der „Opferfonds für Betroffene fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhielten über zweihundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.),
Haidy Damm

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“



und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt

